

NEUE WEGE ZUR

HOCHSCHULFINANZIERUNG

Hohe Wertschöpfung und internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweiz dank
hervorragender Lehr- und Betreuungsqualität – mehr Gerechtigkeit und Solidarität
dank massvollen Studiengebühren mit sozialverträglichen Finanzierungsmodellen –
Einigung aller Anspruchsgruppen dank Konzentration auf das Machbare

Zürich, Januar 2004

akw.

Eine Publikation herausgegeben vom Arbeitskreis Kapital und Wirtschaft –
in Zusammenarbeit mit Avenir Suisse und economiesuisse.

EINFÜHRUNG

Die vorliegende Studie befasst sich mit dem Thema Bildungsfinanzierung. Im Fokus sind die 12 universitären Hochschulen und die 7 Fachhochschulen der Schweiz, die im Folgenden unter dem Begriff Tertiärbereich zusammengefasst werden. Die Studie ist Ausdruck der Sorge um die langfristige Qualität des schweizerischen Bildungssystems im Hochschulbereich, da in Zukunft die Finanzierung immer mehr in Frage gestellt sein wird. Eine qualitativ hoch stehende Ausbildung im Tertiärbereich ist entscheidende Voraussetzung für die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweiz als Ganzes und ebenso für die Konkurrenzfähigkeit der Schweizerinnen und Schweizer auf dem Arbeitsmarkt, der zunehmend global definiert ist.

Wesentliche Ausgangspunkte für die Studie sind:

- die zukünftige Konkurrenzsituation der Schweiz
- das mangelnde Wirtschaftswachstum mit u.a. negativen Konsequenzen für die Sozialeinrichtungen
- Bildung und Forschung als strategisch wichtige Standortvorteile und Voraussetzungen für Werteschaffung, Wertschöpfung und Innovation
- die Erneuerung der Lehre im Rahmen der Bologna-Deklaration
- das begrenzte Wachstum der öffentlichen Mittel für Bildung und Forschung
- der geringe Beitrag der Studierenden an die Studienkosten
- die soziale Verträglichkeit bei Massnahmen zur Erhöhung der Studiengebühren

Immer mehr wirtschaftliche und staatliche Bereiche sind einer starken globalen Konkurrenz ausgesetzt. Dazu gehören auch die Hochschulen und ihre Anspruchsgruppen. Die Entwicklungen in den Industrieländern und den aufstrebenden Schwellenländern sowie insbesondere die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien stellen Herausforderungen von noch ungeahnter Grösse dar.

Die Schweiz verzeichnet seit Jahren eine anhaltende Schwäche beim Wachstum ihrer Volkswirtschaft – bei einem nach wie vor hohen Pro-Kopf-

Einkommen. Ohne wirtschaftliches Wachstum und erhöhte Produktivität sind jedoch die Sozialwerke der Schweiz gefährdet. Das Humankapital wird zum entscheidenden Faktor bei der Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen – Aufrechterhaltung und Ausbau der Konkurrenzfähigkeit, Verbesserung der Qualität, Innovationsfähigkeit, Wertschöpfung, wissensbasierte Produkte und Dienstleistungen, Flexibilität, Mobilität, Reduktion der Arbeitslosigkeit. Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft des Humankapitals sowie staatliche Rahmenbedingungen entscheiden weitgehend über die Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen.

Während in der Studie viele quantitative, wirtschaftliche Kriterien wie Humankapital, Bildungsinvestition, Bildungsrendite, Kosten, Produktivität eine wichtige Rolle spielen, sind stets die qualitativen Aspekte von Bildung und Studium im Sinne geistiger, kultureller und sozialer Fähigkeiten mit eingeschlossen – sie sind wichtig für die generelle Standortqualität der Schweiz.

Bildungspolitik hat den schwer wiegenden Nachteil, dass sie erst langfristige Wirkung zeigt. Für die Politik sind Langfristprobleme naturgemäss wenig populär, und sie können ohne unmittelbare Konsequenzen aufgeschoben werden. So werden Mängel im Bildungswesen nur allmählich sichtbar. Sollen in Zukunft Stärken verstärkt und Schwächen zumindest neutralisiert werden, so bedarf es heute entsprechender Initiativen. Auch das Bildungswesen befindet sich im Zeitwettbewerb. Handlungsbedarf besteht jetzt.

Verschiedene Hochschulen und Fachbereiche der Schweiz verfügen zurzeit immer noch über eine starke internationale Position. Die Zahl der Studierenden ist stark steigend, was an sich erfreulich ist, doch es sind gleichzeitig Schwächen zutage getreten. In zahlreichen Fächern sind die Betreuungsverhältnisse unhaltbar geworden. Soll die Bologna-Deklaration erfolgreich umgesetzt werden, ist eine intensivere Betreuung der Studierenden unerlässlich. Dies erfordert eine markant höhere Zahl an Lehrenden. Dazu braucht es entsprechende Mittel. Diese können angesichts der prekären Finanzlage nicht allein durch den Staat beigebracht werden; vielmehr ist zu fragen, wel-

chen Beitrag die Studierenden als primär Nutzniessende leisten können – heute decken die Studiengebühren um die 3% des Aufwands. Eine Erhöhung der Studiengebühren bedingt aber den Auf- beziehungsweise Ausbau eines umfassenden Stipendien- und Darlehenssystems, das die Chancengleichheit gewährleistet.

Die Studie enthält 19 Tabellen und einige Kästen mit verschiedenen Aspekten als Zusammenfassung und in Kurzform, um Übersichtlichkeit und Lesbarkeit zu unterstützen.

Die Studie fordert oder beinhaltet ausdrücklich nicht:

- eine Erhöhung der Studiengebühren um x ab nächstem Jahr
- Gebührenhöhen im Ausmass der USA-Top-Universitäten als strategisches Ziel
- das Ersetzen von heutigen Stipendienlösungen durch neue Darlehenslösungen – Darlehen sind komplementär
- Sparpotenziale, z.B. durch Fokussierung sowie Zusammenlegung von Fächern mit subkritischen Studierendenzahlen
- eine Forschungsfinanzierung mit anderen Parametern als Lehre, obwohl wissenschaftliche Lehre, Forschung und Dienstleistung ineinander greifen – Forschungsaspekte werden in der Studie nur am Rande berührt
- die konkreten institutionellen und gesetzlichen Konsequenzen einer staatlichen Studiendarlehenslösung und Gebührenerhöhung im Detail, die ausserhalb der Aufgabenstellung dieser Studie liegen
- die unterschiedlichen Rahmenbedingungen für kantonale Hochschulen, die eine gleichzeitige Realisierung der Konzepte in einem gesamtschweizerischen Kontext schwierig erscheinen lassen

Die Studie verfolgt folgende Ziele:

- das Aufzeigen eines strategischen Langfristkonzeptes zur Förderung der Studierenden und des Standortes Schweiz
- die Darlegung der Bedeutung der tertiären Bildung und ihrer Finanzierung

- das Aufzeigen von Konsequenzen der Globalisierung für die Tertiärbildung und für den Standort Schweiz
- das Aufzeigen von Möglichkeiten zur Sicherung und Steigerung einer qualitativ hoch stehenden Lehre sowie zur Umsetzung der Bologna-Deklaration als einmalige Chance einer echten Lehrreform in der Schweiz
- die Entwicklung von neuen strategischen Modellen zur Studienfinanzierung, um Lebensunterhalt und höhere Studiengebühren teilweise zu decken. Das Aufzeigen von entsprechenden Konsequenzen und Kosten sowie von strategischen und langfristigen Grössenordnungen und Proportionalitäten gegenüber allen Anspruchsgruppen, mit eingeschlossen die Steuerzahlenden: tragbare und sozialverträgliche Alternativen für alle angesichts des zu erwartenden schwierigen politischen und finanziellen Umfeldes – Chancengleichheit für alle
- die Fragestellung nach Grundsätzlichem: Lösungsalternativen, die primär nicht auf der Basis von Reflexen, Rückblicken und Reaktionen basieren
- das Leisten eines Beitrags zur zusätzlichen Werteschaffung und zur langfristigen internationalen Konkurrenzfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen sowie des Standortes Schweiz: bessere Betreuung mit mehr Ressourcen = zusätzliche Werteschaffung und höhere Wertschöpfung = mehr Forschungspotenzial
- das Aufzeigen von intakten Chancen der Hochschulbildung und ihrer Studierenden in der Schweiz, falls entsprechende Anpassungen – wohl unter Zeitdruck – vorgenommen werden

***ES IST SCHWER, ES ZUGLEICH
DER WAHRHEIT UND DEN LEUTEN
RECHT ZU MACHEN.***

THOMAS MANN

ZUSAMMENFASSUNG

**WENN DER WIND BLÄST,
ERRICHTEN DIE EINEN MAUERN,
DIE ANDEREN WINDMÜHLEN.
CHINESISCHES SPRICHWORT**

In der globalen Wissens-, Informations- und Innovationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts werden Bildung und Forschung zum entscheidenden Erfolgsfaktor, vor allem für entwickelte Industriegesellschaften mit offenen Grenzen, ohne Distanzenschutz und mit weitgehend ubiquitärem Zugang zu Wissen ohne zeitliche Verzögerung. Wissen, Können und Durchsetzen haben zunehmend globale Dimensionen mit komplexen Interdependenzen. Auch wissenschaftlicher Wettbewerb von Lehre und Forschung unterliegt einer starken Standortkonkurrenz, was speziell in der kleinen Schweiz Fokussierung und Profilierung der einschlägigen Institutionen bedingt.

KAPITEL 01

Kapitel 01 befasst sich mit prinzipiellen Fragen der Bildungspolitik unter dem Gesichtspunkt der Humankapitaltheorie, deren Resultate weder einfach noch klar sind. Neueste Studien lassen jedoch auf eine positive Korrelation von Humankapital und Wachstum schliessen. Produktivität und Wachstum müssen für die Schweiz mit ihrer Kostenstruktur als Schlüsselpostulate für die nächsten zehn Jahre gelten, nicht zuletzt zur Aufrechterhaltung der heutigen Wohlfahrtseinrichtungen.

KAPITEL 02

Kapitel 02 zeigt Bildungsausgaben, Struktur der Studierenden sowie Abschlussquoten im internationalen Vergleich.

Zwischen Leistungsbereitschaft und Zukunftssicherung besteht ein enger Zusammenhang. So werden auch im schweizerischen Tertiärbereich die Anforderungsprofile für Hochschulen und ihre Studierenden steigen müssen: internationale Konkurrenzfähigkeit für alle Beteiligten – Leistungsfähigkeit und Leistungswille – sind die primären Herausforderungen angesichts der zukünftigen Konkurrenzsituation. Die qualitativen und quantitativen Veränderungen stellen eine sehr bedeutende Aufgabe für die Universitäten und Fachhochschulen sowie ihre Studierenden dar. Um die 40 Parameter und Herausforderungen bedürfen der Beachtung oder einer Lösung. Dabei ist die erfolgreiche Umsetzung des Bologna-Stufensystems die wichtigste Aufgabe: Bologna ist die einmalige Chance für eine durchgreifende Reform der Lehre. Implementierung und Finanzierbarkeit der zahlreichen Herausforderungen resultieren in einem ausserordentlichen Handlungsdruck – bei gleichzeitig begrenzten zusätzlichen Mitteln der öffentlichen Hand.

KAPITEL 03

Kapitel 03 vermittelt einen Überblick über verschiedene Möglichkeiten der Bildungsfinanzierung, unterschieden nach öffentlichen und privaten Beteiligungen, wobei in der Regel eine Mischform anzutreffen ist. Bei der vorherrschenden öffentlichen Finanzierung steht vor allem die angebotsorientierte Bildungsfinanzierung im Vordergrund (objektbezogene oder inputorientierte versus subjektbezogene Pro-Kopf-Beiträge). Der Wettbewerb findet dabei primär um die öffentlichen Finanzmittel und nicht um die Bildungsnachfrage.

genden statt. Bei der öffentlichen Finanzierung der Nachfrager kann unterschieden werden zwischen Bildungsgutscheinen, Stipendien, Steuerabzug und staatlichen Darlehen.

Chancengleichheit ist eines der wichtigsten Argumente für einen kostengünstigen Bildungszugang. Trotz geringen Studiengebühren ist jedoch der Anteil aus bildungsferneren Kreisen vergleichsweise gering. Die momentane Gebührenhöhe kommt eher einer Subvention der Bessergestellten gleich. Ein System mit verbesserter Bildung dank höheren Gebühren und gleichzeitig gezielter Unterstützung von Studierenden aus finanzschwächeren Haushalten kann zur grösseren Chancengleichheit führen – vor allem auch bei gleichzeitig erhöhter Betreuungsqualität für alle.

KAPITEL 04

Kapitel 04 zieht eine Zwischenbilanz der Chancen und Grenzen der heutigen Finanzierungsmodalitäten in der Schweiz.

In den letzten 20 Jahren haben die Grundbeiträge des Bundes an die Kantone pro Hochschul-Erstabschluss real um ein Viertel abgenommen. Die Universitätskantone stossen an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Gefragt sind Finanzierungsformen, mit denen sich einerseits mehr Mittel generieren lassen und die andererseits einen effizienten Einsatz der verfügbaren Mittel gewährleisten. Die Zusprache von Globalbudgets bei erhöhter Autonomie der Hochschulen erlaubt einen flexibleren und effizienteren Einsatz der Mittel, doch wird dieser durch das Prinzip der Jährlichkeit beeinträchtigt. Wettbewerbliche Elemente sind seit einiger Zeit auf Bundesebene bekannt, und auch inneruniversitär kommen zunehmend leistungsorientierte Finanzierungsinstrumente zur Anwendung. Hinzu kommen zusätzliche Formen der Mittelbeschaffung wie Fundraising, Stiftungen, Schenkungen und Sponsoring.

KAPITEL 05

Kapitel 05 beinhaltet verschiedene Modelle und Berechnungen für Studien-darlehen sowie Vergleiche und Erfahrungen von Drittstaaten.

Die rein investiv ausgedrückten Opportunitätskosten eines Studiums in der Schweiz belaufen sich auf jährlich CHF 5000 bis CHF 8000. Langfristige Privatkredite an Studierende sind vor allem aus Kostengründen nicht tragbar. Die USA verfügen heute über ein ausgebautes staatliches Programm für Studiendarlehen und haben damit Erfahrungen seit 1966 gesammelt.

Die Studie kommt zum Schluss, dass nur eine neue Finanzierungsinstitution des Bundes – allenfalls mit Kantonsbeteiligung – ein effizientes, effektives und sozialverträgliches Instrumentarium darstellen kann.

Das Basismodell weist folgende Merkmale auf: Begünstigte finanzieren sich während fünf Jahren jedes Jahr mit x . Die dabei aufgelaufenen staatlichen Refinanzierungskosten von jährlich 3% und allfällig von 5% werden im Modell berücksichtigt. Die Amortisation der aufgelaufenen Darlehen erfolgt durch die Begünstigten nach Abschluss des fünfjährigen Studiums bei Aufnahme der Berufstätigkeit (ab Jahresende, 6 Jahre nach Studienbeginn für zehn Jahre). Das Basismodell stellt ein Vollmodell dar: es umfasst die staatlichen Kosten pro Jahr bei 10 000, 30 000 und maximal 60 000 Begünstigten von total 130 000 Studierenden. Das Basismodell errechnet zwei Untermodelle: zinslose Darlehen und solche mit 5%-Zinsbelastung der Begünstigten mit ihren Kostenfolgen für die Steuerzahlenden sowie ihren jährlichen Amortisationsbeträgen von Seiten der Begünstigten – jeweils pro Kopf und bei verschiedenen Darlehensgrössen.

Zinslose staatliche Darlehen sind ein teilweiser Sozialtransfer, der vor allem zur Finanzierung von Gebührenerhöhungen eingesetzt werden soll. Bei 3% Refinanzierungskosten kostet ein Darlehen von CHF 25 000 – rückzahlbar über

KAPITEL 06

zehn Jahre – den Staat jährlich CHF 1130; bei 30 000 Begünstigten sind dies 34 Mio. CHF, bei 5% staatlichen Refinanzierungskosten sind es 53 Mio. CHF. Der Amortisationsbetrag pro Kopf nach Studienabschluss (ab Jahresende, 6 bis 15 Jahre nach Studienbeginn) beträgt CHF 2500 jährlich [vgl. Seite 61].

Staatliche Darlehen mit einer 5%-Zinsbelastung für Darlehensnehmer sind naturgemäss kostengünstiger für Steuerzahlende im Vergleich zu zinslosen Darlehen: Bei 3% staatlichen Refinanzierungskosten kostet ein Darlehen von CHF 25 000 rückzahlbar über zehn Jahre den Staat jährlich CHF 250 – für Steuerzahlende ein über viermal günstigerer Betrag als beim zinslosen Darlehen. Bei 30 000 Begünstigten sind dies jährlich 8 Mio. CHF, bei 5% staatlichen Refinanzierungskosten sind es 29 Mio. CHF. Der durchschnittliche Amortisationsbetrag pro Kopf beträgt jährlich etwas über CHF 3000 (ab Jahresende, 6 bis 15 Jahre nach Studienbeginn) [vgl. Seite 64].

Obige Beispiele beinhalten jährliche Amortisationspflichten der Begünstigten von CHF 2500 bis 3000 für aufgelaufene Darlehen von CHF 25 000. Bei Darlehen von CHF 50 000 belaufen sich die Amortisationspflichten nach dem Studium auf jährlich CHF 5000 bis 6000, was normalerweise an die Grenzen der individuellen Leistungsfähigkeit und des Leistungswillens stossen dürfte. Jährliche Amortisationspflichten von um oder über CHF 5000 lassen sich jedoch ohne grossen Administrationsaufwand mit einem Steuerabzug sozialverträglich gestalten.

Vernünftige Pakete von zinslosen und mit 5% belasteten Darlehen für 30 000 und 60 000 Begünstigte für Darlehen von CHF 25 000 und CHF 50 000 pro Kopf ergeben jährliche staatliche Kosten von unter 100 Mio. CHF bei 3% staatlichen Refinanzierungskosten – von unter 200 Mio. CHF bei 5% staatlichen Refinanzierungskosten [vgl. Seite 68]. Vergleichsweise finanzieren 100 Mio. CHF jährlich nur 10 000 Stipendien zu je CHF 10 000 – ohne die Vorteile einer Darlehenslösung. Hochschulstipendien der öffentlichen Hand belaufen sich momentan auf 120 Mio. CHF für gegen 13 000 Begünstigte, CHF 9000 pro Kopf und Jahr [vgl. Seite 67].

Kapitel 06 befasst sich mit allfällig gegenüber heute erhöhten Studiengebühren – als vertretbarem Preis von Seiten der primär Nutzniessenden – für Lehre mit höherer Priorität und entscheidend verbesserter Betreuung. Die heutigen Studiengebühren sind im Ausland – mit Ausnahme Kontinentaleuropas – 5- bis 20-mal höher als in der Schweiz, die zudem ein höheres Pro-Kopf-Einkommen aufweist; gegenüber Deutschland sind die heutigen Gebühren der Schweiz vergleichsweise höher, wobei in Deutschland die Diskussionen um Gebühreneinführungen und Erhöhungen zunehmend intensiv geführt werden.

Die momentanen Studiengebühren betragen in der Schweiz unter CHF 2 pro Vorlesungs-/Seminarstunde und decken ungefähr 3% der Gesamtkosten; Ausnahmen sind berufsbegleitende Hochschulen sowie die Universität der italienischen Schweiz mit mindestens dreimal höheren Gebühren – bei gleichzeitig höheren Abschlussquoten – im Vergleich zu den übrigen Hochschulen in der Schweiz.

Als Gegenleistung für hohe Gebühren betragen beispielsweise die Verhältniszahlen Professur/Studierende an den USA-Top-Institutionen zwischen 1:10 und 1:15. Die anzustrebenden Ziel-Verhältniszahlen in der Schweiz betragen 1:20 bis 1:40, je nach Fachbereich; heute bewegen sich die Zahlen an der Universität Zürich zwischen 1:20 und 1:300. Bei Betreuungsintensität und Interaktion liegt der qualitativ wichtigste entscheidende Unterschied USA versus Europa [vgl. Seite 72].

Zusammen mit einer Gebührenerhöhung müssen verschiedene Ziele gesetzt und entsprechende Voraussetzungen postuliert werden. Als Grundsatz muss gelten: Geeigneten Kandidaten und Kandidatinnen darf ein Studium ihrer Wahl – infolge Nichtfinanzierbarkeit zumindest der Studiengebühren – nie verwehrt werden. Begünstigte in einem sozialverträglichem Finanzie-

regungssystem und Nichtbegünstigte eines solchen müssen von einer Gebührenerhöhung – bei paralleler, entscheidender Verbesserung von Lehre und Betreuung – profitieren und damit ihre persönliche Konkurrenzfähigkeit erhöhen können [vgl. Seite 75].

Bei 130 000 Studierenden mit angenommenen Gebühren von jährlich CHF 5000 pro Kopf – was immer noch weit unter den Gebühren von erfolgreiche Drittländern liegt – ergibt sich ein zusätzlicher persönlicher Beitrag der unmittelbaren Nutzniesser eines Studiums von 500 Mio. CHF pro Jahr; dies entspricht ungefähr 12% der momentanen Hochschulausgaben der öffentlichen Hand. Zusätzliche jährliche 500 Mio. CHF von Seiten der öffentlichen Hand sind im heutigen Umfeld nicht realistisch. Zusätzliche private 500 Mio. CHF können Lehre und Betreuung jedoch massiv verbessern: geschätzte zusätzliche 800 Professuren mit entsprechendem Personal (ohne Infrastruktur). Zusätzliche 500 Mio. CHF pro Jahr verbessern das durchschnittliche Betreuungsverhältnis Professur/Studierende aller Universitäten der Schweiz von 1:40 heute auf um die 1:30 in Zukunft; an den Fachhochschulen kann das durchschnittliche Beutreuungsverhältnis auf unter 1:20 gehalten werden [vgl. Seite 78/79].

Ein Vergleich zu jährlichen Gebühren von angenommen CHF 5000: Im Gegensatz zu den Studierenden haben Personen ohne Studium – aber mit Berufslehre – bis zum 25. Altersjahr jährlich CHF 2500 bis 3500 an staatliche Institutionen der Solidarität und des Generationenkontraktes wie Arbeitslosenversicherung und AHV abgeliefert; dazu sind die jährlichen Einkommenssteuern von geschätzten CHF 5000 bis 8000 zu zählen.

Aus den Paketen auf Seite 12 mit zinslosen Darlehen und 5%-Darlehen an 30 000 bis 60 000 Begünstigte resultieren staatliche Kosten von jährlich 100 bis 200 Mio. CHF. Damit werden entscheidende Ziele erreicht: hohe Wertschöpfung und Hebelwirkung zugunsten der Qualitätssteigerung der Tertiärbildung sowie zusätzliche Werteschaffung und Aufwertung des Standortes Schweiz. Ebenso wird eine Belastung der nächsten Generation

vermieden, wie dies bei anderen sozialstaatlichen Einrichtungen der Fall ist.

100 Mio. CHF pro Jahr repräsentieren 2% der öffentlichen Hochschulausgaben im Jahr 2000; dies sind auch 0.4% sämtlicher Ausgaben für soziale Wohlfahrt oder auch 0.08% der Gesamtausgaben 2000 von Bund, Kantonen und Gemeinden [vgl. Seite 80].

Der qualitative und quantitative Multiplikatoreffekt zugunsten aller Studierenden und übrigen Anspruchsgruppen ist mit den vorliegenden Alternativen hoch. Eine echte Reform mit dem Bologna-Stufensystem in Kombination mit verbesserter Betreuung ist die einmalige Chance, wie sie seit Jahrzehnten so nicht mehr gegeben war.

Die heutige Tertiärbildung verfügt über eine gute Basis, strategische Stärken und reelle Chancen. Diese müssen jetzt aber genutzt, verstärkt, neu formuliert und mittels entsprechender Programme durchgesetzt werden; selbst hemmende Schwächen sind korrigierbar und zu beheben. Die Schweiz ist lernfähig. Sie muss ihre Wertschöpfung, ihren Wohlstand, ihre Wohlfahrt und ihre Lebensqualität neu verdienen; die Hochschulen müssen zusätzliche Werte schaffen: exzellente Bildung ist ein entscheidender Weg dazu. Die Schweiz soll im internationalen Vergleich mit einem neuen Wettbewerbsvorteil ausgestattet werden. Die Hochschulen und ihre Studierenden brauchen und verdienen neue Impulse zur Förderung von Qualität und Exzellenz. Für das betroffene Individuum sowie für den Standort Schweiz gilt: **Nur wer heute investiert, hat morgen Erfolg und erhöhte Lebensqualität.**

HERAUSGEBER

Als Herausgeber zeichnet der Vorstand des Arbeitskreises Kapital und Wirtschaft. Die mit * bezeichneten Mitglieder des Vorstands haben die Studie im Rahmen eines Steuerungskomitees begleitet.

Michael Kohn, Ehrenpräsident akw., Präsident akw. bis Ende 2003 *

Paul Hasenfratz, Vice-Chairman BCV, Präsident akw. *

Peter G. Rogge, Wirtschaftswissenschaftlicher Berater, Vizepräsident akw. *

Peter Buomberger, Direktor, Center for Corporate Responsibility and Sustainability der Universität Zürich

Hans-Ulrich Doerig, Vizepräsident des Verwaltungsrats der Credit Suisse Group *

Adalbert Durrer, Managing Director, Public Policy der UBS AG

Bruno Gehrig, Präsident des Verwaltungsrats der Rentenanstalt/Swiss Life

Gisèle Girgis-Musy, Mitglied der Generaldirektion des Migros-Genossenschafts-Bundes *

Konrad Hummler, Geschäftsführender Teilhaber von Wegelin & Co., Privatbankiers

Bernard Koechlin, Président d'honneur de Zschokke Holding SA

Matthias Kummer, Fürsprecher, Inhaber Kummer Public Affairs

Maya Lalive d'Epinay, a. Nationalrätin, Inhaberin der sederwäl AG *

Filippo Lombardi, Ständerat, CEO der TeleTicino SA

Erich Müller, a. Nationalrat

Pierre Poncet, Associé de Bordier et Cie, banquiers privés

Rudolf Ramsauer, Direktor der economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen

MITGLIEDER DER ARBEITSGRUPPE

Hans-Ulrich Doerig, Vizepräsident Verwaltungsrat Credit Suisse Group,
Vorsitzender der Arbeitsgruppe

Alois Bischofsberger, Managing Director und Chefökonom Credit Suisse

Xavier Comtesse, Stellvertretender Direktor, Avenir Suisse

Ralph Remo Faes, Direktor akw.

Roland Waibel, Universität St. Gallen

Rudolf Walser, Mitglied der Geschäftsleitung, economiessuisse

Bernhard Weber, Staatssekretariat für Wirtschaft, seco

Katrin Züger, Leiterin Stab Planung, Universität Zürich

IN ZUSAMMENARBEIT MIT

Avenir Suisse, think tank for economic and social issues
economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen

GESCHÄFTSSTELLE

Ralph Remo Faes, Direktor akw.

Postfach 1029

8700 Küsnacht

Tel. +41 1 380 51 00

Fax +41 1 380 51 04

E-Mail: faes@swisscapital.org

PRODUKTION

Gestaltung: Yves Winistoerfer, Avenir Suisse

Fotografie: Melanie Hofmann, Zürich

Druck: Druckerei Hürlimann, Zürich

akw.

⁰¹ **AVENIR | SUISSE** | ¹⁰⁰
think tank for economic
and social issues



economiesuisse